

# Antikriegstag 2017

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Liebe Freundinnen und Freunde,

verehrte Anwesende,

es ist normalerweise nicht meine Art am 1. September, einem Tag des Erinnerns und Mahnens, jemanden besonders zu begrüßen.

Heute will ich ausnahmsweise einmal von diesem Grundsatz abweichen.

Ich kann mich nämlich nicht erinnern, daß der Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim am Antikriegstag den Weg zum Mahnmal für die Opfer des Faschismus auf dem Pforzheimer Hauptfriedhof gefunden hat.

Es ist mir deshalb eine Ehre, Herrn Oberbürgermeister Hans-Peter Boch unter uns begrüßen zu können.

Ich freue mich auch über die Anwesenheit der Bundestagsabgeordneten der SPD Katja Mast,

(der Landtagsabgeordneten der Grünen, Stefanie Seemann, und der Kandidaten für die Bundestagswahlen, Katrin Lechler für die Grünen und Peter Wenzel für die Linke).

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Freundinnen und Freunde,

verehrte Anwesende,

seit 60 Jahren erinnern Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zusammen mit Friedensgruppen daran, daß Deutschland am 1. September 1939 mit dem Angriff auf Polen den 2. Weltkrieg angefangen hat.

Wir gedenken an diesem Tag der Menschen, die der Schreckensherrschaft und dem Krieg der Nazis und ihrer Helfershelfer zum Opfer gefallen sind.

Wir erinnern heute auch an alle anderen Menschen, die Opfer von Krieg, Vertreibung, Gewalt und Rassismus geworden sind und leider immer noch werden.

Unter dem Motto

**Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus**

sind wir hier am Mahnmal für die Opfer des Faschismus  
zusammengekommen, weil wir eine Welt ohne Nazis,  
ohne Gewalt, ohne Krieg und Vertreibung und ohne  
Rassismus und religiösen Fanatismus wollen.

Wir wollen in einer friedlichen Welt leben, in der alle  
Menschen die gleichen Rechte haben und sich mit  
Respekt, Würde und Solidarität begegnen.

Und frei nach Hermann Hesse wollen wir, daß von  
Deutschland nach dem Ersten- und dem Zweiten  
Weltkrieg nur noch Taten des Friedens statt Werke des  
Krieges ausgehen mögen.

Aber,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Freundinnen und Freunde

und verehrte Anwesende

leider ist das bis jetzt nur ein frommer Wunsch.

„Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“

diese Gedichtzeile von Paul Celan trifft leider immer  
noch zu.

Laut den Jahresberichten über genehmigte Rüstungsexporte für 2016 und die ersten vier Monate 2017 exportiert Deutschland auch weiterhin hemmungslos Kriegswaffen an Unterdrücker, Diktatoren, Menschenrechtsverbrecher und kriegführende Staaten.

Unter anderem wurde der Export von Granaten der Fa. Junghans aus Rottweil in die

VEREINIGTEN ARABISCHEN EMIRATE,

von Panzern nach Saudi-Arabien

(beide Länder führen Krieg im Jemen),

Algerien, Katar und Indonesien genehmigt.

Algerien erhält außerdem eine Fregatte und Ägypten ein U-Boot.

Dank der Exportgenehmigungen des Bundessicherheitsrates sind deutsche Rüstungsgüter in den Kriegsgebieten in Afghanistan, Libyen, Irak, Mexiko und der Türkei im Einsatz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Freundinnen und Freunde,  
verehrte Anwesende.

Diese Politik ist weder christlich noch sozial.

Denn sie hält Unterdrücker an der Macht und ermöglicht das fortgeführte Morden mit deutschen Kriegswaffen auf den Schlachtfeldern in aller Welt und zwingt zahllose Menschen zur Flucht.

Und alle Bitten an Herrn Erdogan, die Menschenrechte zu achten und die Rechtsstaatlichkeit zu wahren sind so lange völlig unglaubwürdig, wie dieser Despot Kriegswaffen und Ersatzteile für seine Mordwerkzeuge aus Deutschland, aber auch von wo anders erhält.

Was wir brauchen sind Milliarden für die Menschen und nicht Milliarden für Waffen.

Wir brauchen mehr Geld für humanitäres Engagement und die Bekämpfung von Fluchtursachen.

Deutschland und Europa müssen sich zu ihrer Verantwortung für den Schutz von Geflüchteten bekennen.

Ausbeutung und Übervorteilung von schwächeren Handelspartnern erzeugen Armut, Verschuldung und Umweltschäden, welche neben Kriegen zu den hauptsächlichen Fluchtursachen gehören.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Freundinnen und Freunde,  
verehrte Anwesende,

Deutschland hat mit dem Zweiten Weltkrieg und der Schreckensherrschaft der Nazis über fast ganz Europa unermessliche Schuld auf sich geladen.

Die Verbrechen, die von Deutschland ihren Ausgang nahmen sind leider auch 72 Jahre nach Kriegsende und der Befreiung vom Faschismus noch nicht aufgearbeitet.

Der Umgang mit den Opfern dieser Verbrechen und ihren Hinterbliebenen ist beschämend und hat bis heute Auswirkungen auf uns und das Zusammenleben in Europa.

Ich halte es für ein Gebot der Menschlichkeit und des Respektes, daß Deutschland sich seiner daraus ergebenden Verpflichtung und Verantwortung endlich stellt und die wenigen noch lebenden Opfer oder die Angehörigen der Ermordeten angemessen entschädigt.

Deutschland hat die Veteranen der NS-Diktatur, die an den Verbrechen der Expansions-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik beteiligt waren mit sehr viel Zuwendung bedacht.

Die überlebenden Opfer und die Angehörigen der Ermordeten stoßen dagegen bis heute auf eine Mauer der Ablehnung.

Als Kompensation, zum Beispiel u. a. für entgangene Karrierechancen oder Entlassungen auf Grund von Entnazifizierungsverfahren, wurden von Deutschland an die politischen und militärischen Funktionsträger der NS-Diktatur 306 Mrd. Euro bezahlt.

Demgegenüber erhielten die Verfolgten der NS-Diktatur nur etwas mehr als 73 Mrd. Euro als Entschädigung.

Wobei ca. 6 Mio. Tätern und ihren Familien die vom deutschen Staat Versorgungsleistungen erhielten, ca. 27 Mio. Opfer gegenüberstehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Freundinnen und Freunde,

verehrte Anwesende,

es wäre ein Akt der sozialen Gerechtigkeit und der Fairness, daß die Opfer der Nazis zumindest gleich behandelt werden wie die Täter und 306 Mrd. Euro als Minimalsumme für eine abschließende Reparationsakte zur Verfügung gestellt würden.

Von einer abschließenden Regelung Kriegsfolgen würden auch neue Impulse für den europäischen Integrationsprozeß ausgehen und zu einer Überwindung des Wohlstandsgefälles innerhalb Europas beitragen

Vielen Dank



